Wissenschaft

Österreichs Fischerei

Jahrgang 36/1983

Seite 74 – 76

Karl Wögerbauer

Großer Erfolg der Fischerei bei Höchstgericht: Die Verkürzung von Gewässern muß entschädigt werden

Ein für die Fischerei sehr bemerkenswertes Urteil hat kürzlich der Oberste Gerichtshof gefällt (1 Ob 22/82, 15. 12. 1982). Folgender Sachverhalt liegt zugrunde:

Ein ausgezeichnete Fischbach im Innviertel (Oberösterreich) wurde mit Bewilligung der Wasserrechtsbehörde zur „Abflußertüchtigung“ auf eine Länge von ca. 1.700 m reguliert. Im Zuge dieser Regulierung wurde die Bachstrecke um ca. 160 m verkürzt. Bei der wasserrechtlichen Verhandlung erhoben die an dieser Bachstrecke Fischereiberechtigten gegen die wasserbauliche Maßnahme Einwendungen und verlangten nicht nur eine Entschädigung für den Ertragsausfall ihres Fischereirechtes während der Bauarbeiten, sondern auch dafür, daß durch die Regulierung eine Laufverkürzung eintrete und ihnen somit ein erheblicher Schaden entstehe, zumal das Fischwasser pro Kilometer einen jährlichen Ertrag von 100 kg Forellen abwerfe. Die Forderung nach Leistung eines Schadenersatzes wegen Verkürzung des Gerinnes wurde von der Wasserrechtsbehörde mit der Begründung abgewiesen, daß es sich um keine Maßnahme im Sinne des § 15 Abs. 1 WRG 1959 handle, sodaß jene Nachteile, die der Fischereiberechtigte aus der Tatsache der Bachverkürzung erleide, nicht zu entschädigen seien. Der Wasserrechtsbehörde komme eine sachliche Zuständigkeit der Entscheidung über derartige Entschädigungsansprüche nicht zu. Die Fischereiberechtigten stellten daher beim zuständigen Kreisgericht eine Schadenersatzforderung mit dem Bemerkten, daß durch die Verkürzung der Bachstrecke ein jährlicher Schaden von S 1.280, – eintreten werde. Das Regulierungsunternehmen (eine Gemeinde) beantragte die Zurückweisung der Klage wegen Unzulässigkeit des Rechtsweges, da über das Schadenersatzbegehren die Wasserrechtsbehörde zu entscheiden habe. Im übrigen stehe dem Fischereiberechtigten weder nach den Bestimmungen des WRG noch nach allgemeinen schadenersatzmäßigen Leistungen ein Schadenersatz von Schäden, die durch Bachverkürzungen entstehen, zu. Das Erstgericht wies die Einrede der Unzulässigkeit des Rechtsweges zurück. Weiters stellt es im Urteil fest, daß der von den Fischereiberechtigten geltend gemachte Ersatzanspruch dem Grunde nach zur Gänze zu Recht bestehe, zumal der Gemeinde bei Inangriffnahme des Projektes sowohl das Fischereirecht der Kläger als auch der Umstand bekannt gewesen sei, daß durch die Verkürzung des Bachlaufes das Fischereirecht entsprechend beeinträchtigt werde.

Gegen dieses Urteil wurde von der Gemeinde Berufung beim Oberlandesgericht Linz erhoben. Das Berufungsgericht gab dem Rechtsmittel Folge und änderte das Ersturteil dahin ab, daß der Entschädigungsanspruch abzuweisen sei. Begründet wurde die Entscheidung damit, daß der Ersatzanspruch nicht auf § 26 Abs. 2 WRG gestützt werden könne, weil die Fischereiberechtigten nicht einmal behauptet hätten, daß bei Erteilung der Wasserrechtsbewilligung zur Abflußertüchtigung mit dem Eintritt der durch die Verkürzung des Flußlaufes verbundenen nachteiligen Wirkungen auf den Fischbestand nicht oder nur in einem geringen Umfange gerechnet worden sei. Ein auf § 26 Abs. 1 WRG gestützter Anspruch muß aber daran scheitern, daß das Verhalten des Regulierungsunternehmens nicht rechtswidrig sei, weil die Abflußertüchtigung behördlich bewilligt und auch entsprechend dieser Bewilligung durchgeführt worden sei. Auch aus § 15 Abs. 1 könne kein Anspruch abgeleitet werden.

Gegen dieses Urteil wurde von den Fischereiberechtigten Revision beim Obersten Gerichtshof eingebracht. Das Höchstgericht fällte mit einem vor kurzem ergangenen Urteil eine für die Fischerei

äußerst wichtige Entscheidung. Nach einer Darstellung der sich aus dem WRG für den Fischereiberechtigten ergebenden Rechtslage, insbesondere hinsichtlich der §§ 15 und 26, verweist das Höchstgericht zunächst darauf, daß die Auslegung des Wortes „andernfalls“ nicht unbestritten sei. Es wird dabei auf die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes, aber auch die zu dieser Gesetzesbestimmung ergangene Judikatur hingewiesen. Der Oberste Gerichtshof stellt dann ausdrücklich fest, daß er bereits in einer anderen Entscheidung die Bestimmung des § 15 Abs. 1 WRG dahin verstanden habe, daß dem Fischereiberechtigten immer dann, wenn Einwendungen gegen die Verleihung eines Wasserbenutzungsrechtes nicht zulässig sind, oder ihnen aus Gründen des 2. Satzes des § 15 Abs. 1 WRG nicht Rechnung getragen wird, angemessene Entschädigung für die nach fachmännischer Voraussicht entstandenen vermögensrechtlichen Nachteile zustehe. Die Verletzung der Rechte eines Fischereiberechtigten konnte zwar nicht zur Abweisung des Ansuchens durch die Wasserrechtsbehörde führen, begründe aber einen Anspruch auf angemessene Entschädigung. Die Ansprüche nach § 26 Abs. 2 WRG stünden mit jenen nach § 15 Abs. 1 in einem engen Zusammenhang. Auch den Fischereiberechtigten stehe nach § 26 Abs. 2 WRG unter den dort genannten Voraussetzungen ein Anspruch auf Entschädigung zu. Die in dieser Gesetzesstelle normierte Erfolgshaftung gelte für alle Fälle, in denen bei der Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung einer Wasserbenutzungsanlage mangels Vorhersehbarkeit eines bei einem rechtmäßigen Betrieb der Anlage entstandenen Schadens keine Entschädigung festgesetzt wurde. Diese für Wasserbenutzungsrechte (z. B. Wasserentnahme, Ausnutzung der Wasserkraft, Abwasserbeseitigungsanlagen usw.) getroffene Regelung habe auch bei Schutz- und Regulierungswasserbauten nach § 41 WRG sinngemäß, insbesondere auch für die angemessene Entschädigung des Fischereiberechtigten, Anwendung zu finden.

Die Bestimmung des § 117 WRG sei dahin zu verstehen, wenn eine Entschädigung im wasserrechtlichen Verfahren nicht zuerkannt wurde, weil Schäden nicht vorhergesehen wurden, oder durch nicht bescheidgemäßes oder schuldhaftes Verhalten entstanden sind, die Bestimmung des § 26 Abs. 2 und 1 Anwendung zu finden habe.

Nach den weiteren Ausführungen des Gerichtshofes trägt den Fischereirechten, welche zweifelsfrei nicht zu den besonders geschützten Rechten im Sinne des § 12 Abs. 2 WRG, wie rechtmäßig geübte Wasserbenutzungen, Nutzungsbefugnisse und das Grundeigentum, zählen, zunächst § 15 Abs. 1 in der Weise Rechnung, daß die Fischereiberechtigten die in dieser Gesetzesstelle genannten Einwendungen gegen die Erteilung einer Wasserrechtsbewilligung erheben können. Diesen Einwendungen ist Rechnung zu tragen, wenn dadurch der anderweitigen Wasserbenutzung kein unverhältnismäßiges Erschweren verursacht wird. Damit sollte aber die Rechtsstellung des Fischereiberechtigten dahin abgegrenzt werden, daß ihm bei Eingriffen in das Recht zwar kein Widerspruch, in jedem Falle aber (entsprechend dem § 19 WRG 1869) ein letztlich vom Richter zu beurteilender Einspruch auf angemessene Schadloshaltung zustünde. Dieses Recht könnte auch nach der Lehre nicht verschlechtert werden. Diese Verschlechterung würde jedoch dann eintreten, wollte man die Bestimmungen des WRG, insbesondere der §§ 41 Abs. 5 und 15 Abs. 1 WRG dahin verstehen, daß den Fischereiberechtigten Entschädigungsansprüche nur dann zustehen, wenn einer der im § 15 Abs. 1 WRG genannten und vom Fischereiberechtigten erhobenen Einwendungen von der Wasserrechtsbehörde nicht entsprochen wird. Daß der § 15 nicht die einzige Norm ist, die dem Schutz der Interessen der Fischereiberechtigten diene, erweist § 26 Abs. 2 WRG, wo ausdrücklich eine Erfolgshaftung für die Beeinträchtigung des Fischereirechtes durch den rechtmäßigen Bestand und Betrieb einer Wasserbenutzungsanlage normiert wird. Wenn die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes die Entschädigung von Fischereiberechtigten im Verwaltungsverfahren auf die Fälle beschränkt, in denen an sich zulässige Einwendungen des Fischereiberechtigten nicht Rechnung getragen wird, könne dies nur zur Folge haben, daß damit die Kompetenz der Gerichte zur Zuerkennung von Schäden entsprechend erweitert wird. § 26 Abs. 2 WRG sieht zwar den Ersatz des Schadens nur dann vor, wenn bei Erteilung der Wasserrechtsbewilligung mit dem Eintritt der nachteiligen Wirkung überhaupt nicht oder nur im geringeren Umfange gerechnet worden ist; dies sei aber auch dann der Fall, wenn die Wasserrechtsbehörde gar nicht befugt war, einen solchen Schaden festzustellen und allenfalls zu entschädigen. Die Regelung des § 26 WRG betrifft nach ihrem Wortlaut allerdings nur Schäden, die durch den Bestand oder Betrieb einer Wasserbenutzungsanlage hervorgerufen werden. Eine ausdrückliche Regelung für Schäden, die an Fischereirechten durch Schutz- oder Regulierungswasserbauten im Sinne des § 41 WRG eintreten, fehlt im Wasserrechtsgesetz. § 41 Abs. 4 WRG ordnet aber an, daß Schutz- und Regulierungswasserbauten so auszuführen sind, daß eine Beeinträchtigung fremder Rechte vermieden wird. Der im letzten Satz dieser Gesetzesstelle enthaltene Hinweis auf § 12 Abs. 3 darf daher nicht dahin verstanden werden, daß nur die dort genannten „bestehenden Rechte“ zu berücksichtigen wären. Es kommen vielmehr alle fremden Rechte in Betracht, deren Behandlung im Wasserrechtsgesetz nicht durch

§ 113 vorgezeichnet ist, darunter auch die Fischereirechte. Allein dieses Ergebnis entspricht dem Sinn des § 413 ABGB, der den Grundsatz der Schonung der Fischereirechte bei Veränderungen des Flußlaufes anzuerkennen scheint. Daß durch Schutz- und Regulierungswasserbauten Fischereirechte entschädigungslos beseitigt oder entwertet werden könnten, könne nicht als Absicht des Gesetzes erkannt werden. Die Bestimmung des § 26 Abs. 2 WRG sei also bei Beeinträchtigung des Fischereirechtes durch die Errichtung von Schutz- und Regulierungswasserbauten sinngemäß anzuwenden.

Mit diesen Ausführungen hat der Oberste Gerichtshof eine Feststellung getroffen, die keineswegs so klar ist, wie sie es nach den obigen Ausführungen zu sein scheint. So hat es in Oberösterreich eine Reihe von Fällen gegeben, in denen die Gerichte ihre Zuständigkeit zur Prüfung von Entschädigungsansprüchen von Fischereiberechtigten von vornherein verneint haben.

Mit dem mehrfach erwähnten Urteil hat der Gerichtshof nicht nur die Zulässigkeit der Beschreitung des Rechtsweges in allen Fällen bejaht, in denen die Fischereiberechtigten im Wasserrechtsverfahren mit ihren Entschädigungsansprüchen nicht durchkommen. Er hat darüber hinaus jedenfalls auch den bestehenden grundsätzlichen Entschädigungsanspruch der Fischereiberechtigten mit dem Hinweis auf die Absichten des ABGB unterstrichen. Dieses Urteil ist daher, gemessen an der bisherigen Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes in Entschädigungsfragen der Fischerei sicherlich ein Erfolg, der über die künftige Entschädigungsverpflichtung bei der Verkürzung von Gewässern weit hinausreicht. Die praktischen Auswirkungen dieser Rechtssprechung auf Regulierungen oder sonstige Wasserbauten, bei denen der Fischereiberechtigte im Verfahren nach dem WRG keine Partei-stellung besitzt, sind allerdings noch nicht abzuschätzen.

Anschrift des Verfassers:

Hofrat Dr. Karl Wögerbauer, Landesfischereirat für Oberösterreich, Kärntner Straße 12, 4021 Linz.

Michael R. Wintersteiger

Flußkrebse

Als einzigen Wirbellosen der heimischen Gewässer wurde den Flußkrebsen die hohe Ehre zuteil, einen Platz am Tische des Menschen zu ergattern und somit in den Mittelpunkt des Interesses zu gelangen. Sie verdanken dieses Glück wohl neben ihrer Größe dem Wohlgeschmack ihres Fleisches, dem köstlich-bizarren Aussehen und dem angenehmen Prickeln, das dem Feinschmecker beim Anblick eines farbenprächtigen Krebsgerichtes den Pulsschlag in die Höhe schnellen läßt.

Auch umgibt die Tiere der Hauch von Zauberkraft und – nicht unwesentlich – der ungemein wirksame Effekt auf die „Kraft des Mannes“ nach ihrem Genuß. Ein Eindruck, der einerseits durch den Phosphatgehalt des Krebsfleisches erklärlich ist (4), der höher als der von Fischfleisch ist und der vermutlich auch durch ihr früher sehr reiches Vorkommen und ihre große Reproduktionskraft entstanden sein kann.

Über die medikamentöse Anwendung von Krebsen entnehme ich als Kostprobe dem im 17. Jahrhundert erschienenen Werk „Des Adelligen Land- und Feldleben“ folgendes Rezept:

„Wider den Rothlauff: Einen oder mehrere Bach-Krebse (nachdem man ihrer viel oder wenig bedarff) also lebendig in einem Mörser zerstoßen, und zwischen zweyen Tüchern auf den Schaden gelegt, benimmt sicher und bald alle Entzündung und Schmetzen, und wann einmal solches zu thun nicht genug wäre, muß man so oft wiederholen, als vonnöthen thut; es stinket zwar, aber es hilft.“

Die Systematik unterscheidet heute weltweit drei Großgruppen von Süßwasserkrebsen, deren Verbreitungsgebiet Darstellung 1 zeigt.

In Europa leben heute 8 verschiedene Krebsarten, wovon *Astacus astacus* (Edelkrebs), *Astacus torrentium* (Steinkrebs), *Astacus pallipes* (Dohlenkrebs) und *Astacus leptodactylus* (Sumpfkrebs – Gallizier) ursprünglich europäische Arten sind, während *Pacifastacus leniusculus* (Signalkrebs),

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Österreichs Fischerei](#)

Jahr/Year: 1983

Band/Volume: [36](#)

Autor(en)/Author(s): Wögerbauer Karl

Artikel/Article: [Großer Erfolg der Fischerei bei Höchstgericht: Die Verkürzung von Gewässern muß entschädigt werden 74-76](#)